

Aus internen
sowjetischen Dokumenten:
Anmerkungen
zu Deutschland

„Den Gang der Geschichte gespürt“

Joachim Glaubitz

Solange die Sowjetunion mit ihrer rigorosen Informationskontrolle existierte, gelangten Interna der Führung nur auf illegalen Kanälen an die Öffentlichkeit. Dies änderte sich mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft. So sind im Verlaufe der letzten zwanzig Jahre in Russland früher unter Verschluss gehaltene Materialien veröffentlicht worden, die einigen Aufschluss darüber geben, wie man im Kreml internationale Entwicklungen bewertete, welche Rivalitäten um Macht und Einfluss im Innern ausgetragen wurden oder wie man die beiden deutschen Teilstaaten und ihre politischen Vertreter einschätzte. Es handelt sich dabei vor allem um drei Publikationen, die bislang nicht in deutscher Übersetzung vorliegen: „Im Politbüro des ZK der KPdSU“ (Moskau 2006), „Gorbatschow und die deutsche Frage“ (Moskau 2006) – eine deutsche Übersetzung dieses Buches wird Ende 2010 als Veröffentlichung des Instituts für Zeitgeschichte München im Verlag Oldenbourg erscheinen – und A. Tschernjajews „Tagebuch zweier Epochen 1972–1991“ (Moskau 2008). Im Folgenden sollen einige wenige auf die beiden deutschen Teilstaaten und die Vereinigungsproblematik bezogene Äußerungen Gorbatschows und seiner Berater dem Leser vor Augen geführt werden.

Nach dem Machtantritt Gorbatschows im März 1985 war das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion kühl und distanziert. Das Festhalten der Bundesregierung am NATO-Doppelbeschluss von 1979 hatte eine

Fehleinschätzung des Kremls bloßgelegt. Durch eine Mischung von Drohung und Lockung sowohl gegenüber den jeweiligen Regierungen in Bonn wie auch gegenüber der Bevölkerung hatte Moskau vergeblich versucht, Keile zwischen die NATO-Partner zu treiben. Das wirkte bis in die Mitte der 1980er-Jahre nach. Ein weiterer Grund für das kühle Verhältnis war die Bereitschaft der Bundesregierung, sich in der Forschung an Präsident Reagans weltraumgestützter Verteidigungsinitiative (SDI) zu beteiligen. Eine unglückliche Äußerung Helmut Kohls mit Bezug auf Gorbatschow in einem Interview in *Newsweek* tat ein Übriges. Der Kreml konnte es sich leisten, der Bundesrepublik die kalte Schulter zu zeigen, da der bilaterale Handel im Wesentlichen störungsfrei funktionierte und somit ein Anreiz fehlte, das Gesamtverhältnis zu verbessern. Über diese Lage und die weitere Taktik äußerte sich Gorbatschow auf einer Sitzung des Politbüros am 27. März 1986:

Der Kurs, den politischen Dialog mit Kohl zu begrenzen und die geschäftsmäßige Zusammenarbeit in anderen Angelegenheiten fortzusetzen, war richtig und soll weiterverfolgt werden. Er übt Wirkung auf den Kanzler aus und gibt ihm und seiner Umgebung zu verstehen, was die UdSSR für Deutschland ist. Der Umgang mit anderen westlichen Führern zeigt, daß sie unsere Abreibung für Kohl gutheißen. Die Italiener erklärten uns, sie möchten, daß der erste Besuch des Generalsekretärs nicht in der BRD, sondern in Italien erfolgt. Aber wir müssen davon ausgehen, daß

die BRD eine gewaltige Kraft ist, und wir müssen mit diesem Faktor auf der europäischen und der weltpolitischen Ebene rechnen.

Und er warnt vor einem Überziehen:

Nicht übermäßig auf Abkühlung drücken, so daß wir am Ende mit unserem Vorgehen nicht zerstören, was wir erreicht haben ... Unsere Linie gegenüber der BRD zügelt auch die DDR ... Aber im Augenblick mit der BRD noch nicht auf Kontakte auf höchster Ebene gehen. Man muß dem Kanzler noch Lektionen erteilen ... (Gorbatschow)

Zu einer Verbesserung der Atmosphäre in den Beziehungen zwischen Moskau und Bonn trug ein Besuch von Außenminister Genscher in Moskau im Juli 1986 bei. Dabei wird erkennbar, dass die sowjetische Führung damit auch die Opposition in Bonn zu aktiverer Politik bewegen will. Kwizinskij, Botschafter in Bonn, bemerkt in einer Politbürositzung:

Es ist gut, daß wir den linken Flügel in der Koalition der CDU unterstützt haben, das heißt Genscher. Wir haben damit den Sozialdemokraten und den Grünen zu verstehen gegeben, daß sie aktiver arbeiten müssen; sie haben verstanden, daß sie kein Monopol in den Beziehungen zur UdSSR besitzen. Die Atmosphäre in der BRD ändert sich. Man wünscht eine Verbesserung der Beziehungen zu uns.

Genscher selbst bewertete seinen Besuch in Moskau als einen Schritt in Richtung auf eine Verbesserung der Beziehungen. Dazu äußert sich Honecker bei seinem Gespräch mit Gorbatschow am 3. Oktober 1986 in Moskau:

Nach seiner Moskau-Reise hat uns Genscher gebeten, für ihn ein vertrauliches Treffen mit einem unserer ZK-Mitglieder zu organisieren. Wir haben dies dem Genossen O. Reinhold, dem Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, übertragen. Im Gespräch mit ihm hob Genscher mehrfach hervor, sein Besuch in Moskau habe ein neues Kapitel in den Beziehungen zwischen der BRD und der UdSSR eröffnet; dabei gab er zu bedenken, daß seine, Genschers, Verdienste in dieser Sache außeror-

dentlich groß seien ... Es ist interessant, daß er uns über seine Initiative informieren wollte und vorschlug, künftig die Praxis vertraulicher Treffen fortzusetzen.

Natürlich registriert man in der sowjetischen Führung die Veränderungen, die Gorbatschows Politik bei den osteuropäischen Bündnispartnern und bei der DDR auslöst. Politbüromitglied W. A. Medwedjew dazu Ende Januar 1987:

In der SED hat man sich von der Losung „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen!“ losgesagt. ... Kritik an die Adresse der USA ist abgeschwächt. Man kann nicht von einer besonderen Linie der SED reden. Jedenfalls gibt es darüber keine Beschlüsse des ZK der SED. Es handelt sich um Abweichungen und Rückzüge.

„Technik und Technologie auf modernem Niveau können wir ihnen nicht geben, und so sind sie beim Westen in Schulden geraten.“

Gorbatschow darauf:

Bislang geschieht nichts Unerwartetes. All dies war abzusehen. ... Abweichungen von uns gibt es sowohl bei Honecker als auch bei Kadar (Parteichef Ungarns) und bei Schiwkows (Parteichef Bulgariens). Ihre Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen sind weit gediehen. Das ist das Ergebnis dessen, daß die Wirtschaft bei uns nicht erfolgreich ist. Technik und Technologie auf modernem Niveau können wir ihnen nicht geben, und so sind sie beim Westen in Schulden geraten.

Und er charakterisiert die Führungen im sowjetischen Machtbereich:

Auch dort sind Veränderungen herangereift. Sie sind dort am Punkt eines Wechsels in der Führung angekommen. Die Führer sitzen dort 35, 25, 17 Jahre. Eine gewaltige Menge an Problemen hat sich angesammelt. Mit diesen Leuten in diesem Alter ist es schon einfach physisch schwierig zurechtzukommen.

Anfang 1987 berichtet Außenminister Schewardnadse nach Rückkehr von einer Reise in die DDR im Politbüro. Bemer-

kenswert ist, dass er bereits damals eine Vereinigung Deutschlands anspricht, von der in Deutschland selbst keine Rede mehr war. Der Außenminister fordert eine Analyse dieser Perspektive:

Die Idee einer einzigen deutschen Nation lebt in der Psychologie und im Denken sogar der Kommunisten. Sie beginnen mit den Westdeutschen anzubündeln. Sie kritisieren die BRD nicht. Und es geht hier nicht nur um wirtschaftliche Interessiertheit. Die Idee eines geeinten Deutschland erfordert eine ernsthafte, wissenschaftliche Untersuchung. Übrigens in dieser Hinsicht sind auch die Polen beunruhigt.

„Die Idee eines geeinten Deutschland erfordert eine ernsthafte, wissenschaftliche Untersuchung.“

Im Februar 1987 führte auch Egon Bahr in Moskau Gespräche, deren Inhalt Valentin Falin, ehemaliger Botschafter in Bonn und ZK-Sekretär, aufgezeichnet hat. Auffallend ist, dass Bahr seinen sowjetischen Gesprächspartnern die Personalüberlegungen für die Führungsspitze der SPD detailliert offenlegt. In dem Bericht Falins heißt es:

Bei der Charakterisierung der Entwicklung in der SPD berichtete E. Bahr, die Entscheidung sei gefallen, O. Lafontaine in die Führung der sozialdemokratischen Bewegung der BRD zu befördern. Dies wird in zwei Etappen erfolgen. Zunächst werde Lafontaine als Kanzlerkandidat aufgestellt, und irgendwann in der zweiten Hälfte 1988 werde er W. Brandt auf dem Posten des Parteivorsitzenden ablösen. Die prinzipielle Absprache darüber habe bereits im engsten Führungskreis stattgefunden.

Man fragt sich, warum Egon Bahr die sowjetische Seite so genau über die interne Führungsplanung seiner Partei informieren musste. Bahr konnte offenbar auch der Versuchung nicht widerstehen, noch einmal die unglückliche Äußerung des Bundeskanzlers über Gorbatschow zur Sprache zu bringen,

und legte der sowjetischen Seite nahe, dass bei einem Besuch des Bundespräsidenten „ein offizieller Brief H. Kohls mit einer Entschuldigung zu dem bekannten Zwischenfall vorausgehen oder ihn begleiten“ solle – gemeint war das Newsweek-Interview. Falin notiert: „Nach Ansicht Bahrs wäre es falsch, gegenüber einem Menschen Großzügigkeit zu zeigen, der nicht in der Lage ist, Gorbatschow gebührend zu würdigen und aus der Nachsicht der Sowjetunion sogar falsche Schlüsse ziehen könnte.“ (Gorbatschow)

Eine deutliche Wendung zum Positiven nahmen die deutsch-sowjetischen Beziehungen mit dem Besuch des Bundespräsidenten Anfang Juli 1987. Richard von Weizsäcker lenkt das Gespräch geschickt auf das Problem des geteilten Deutschland, indem er ein Wort Gorbatschows aufgreift, das dieser gegenüber Margaret Thatcher geäußert hatte: eine Nation, die ihre Vergangenheit nicht achte, stelle ihre Zukunft infrage. Dazu Weizsäcker:

Dies könnte sich nicht besser auf die Deutschen beziehen. Wir leben in zwei geteilten Staaten, gehören zu zwei Verteidigungsgemeinschaften, zu zwei gegensätzlichen Gesellschaftssystemen und bekennen uns zu zwei verschiedenen Ideologien. Aber indem wir als eine Nation erscheinen, sind wir in der Lage, der Sache des Friedens und der Zusammenarbeit in Europa zu dienen. Die Zugehörigkeit der Deutschen zu einer Nation bildet unserer Auffassung nach den Motor auf dem Weg des Fortschritts in Europa und ist nicht die Quelle von Störungen oder Hindernissen.

Gorbatschow weicht aus, verweist auf die bestehende Teilung:

Ich möchte jetzt nicht anlässlich des Begriffs der Nation im gegebenen Zusammenhang theoretisieren. Jetzt ist der politische Aspekt wichtig. Es gibt zwei deutsche Staaten mit unterschiedlicher gesellschaftspolitischer Ordnung. Sie haben ihre Werte. Beide haben Lehren aus der Geschichte gezogen, und jeder kann seinen Beitrag zur Sache Europas und

des Friedens leisten. Aber man darf nicht übersehen, daß das, was sich jenseits dieser Elemente befindet, Besorgnisse in Polen, in der Tschechoslowakei, der Sowjetunion, aber auch in der DDR hervorruft.

Intern werden die Ergebnisse des Besuchs des Bundespräsidenten erörtert. Gorbatschow in einer Sitzung des Politbüros am 18. Juli 1987:

Eigentlich, Genossen, betrifft dieser Besuch eine der wichtigsten Ausrichtungen unserer Politik. Die BRD ist das bedeutendste Land Westeuropas ... In Europa könnten wir vieles zustande bringen, wenn wir die gehörige Herangehensweise in den Beziehungen zur BRD finden – unter Einschluss auch des historischen Aspekts ... Ich denke, wir sind bereits bis an die Grenze in unserer Konfrontation zu den Deutschen gegangen. Und dies beunruhigt sie. Besonders jetzt, wo wir einen Dialog mit anderen bedeutenden Staaten begonnen haben. Nicht umsonst sind Strauß und andere besorgt darüber, welche Rolle wir – die UdSSR – der BRD in unserer neuen Politik zuweisen. Wir finden dieses Land jetzt in einem Zustand vor, wo es ihm nicht leichtfällt, sich mit konkreten Schritten uns gegenüber festzulegen. Generell verstärkt sich dort die Stimmung, sich von den Vereinigten Staaten zu distanzieren ... Damit, daß wir auf Weizsäcker zugegangen sind, haben wir auch die französische Führung gezwungen, sich leicht zu bewegen. Und wenn dies die Realität ist, wenn eine Zusammenarbeit mit der BRD möglich ist, können wir „die Deutschen festhalten“. Dies hat auch in militärischer Hinsicht eine große Bedeutung, insbesondere für unseren Kurs der Erhaltung beider deutscher Staaten und generell der Ergebnisse des Krieges. ... Und noch etwas möchte ich sagen: Kohl in dieser Situation nicht zum Sündenbock machen. Sonst ist das nicht Politik, sondern Journalismus. Der Besuch von Schewardnadse in der BRD, die Besuche von Strauß und Späth bei uns – dies wird ein Treffen mit Kohl vorbereiten. ... Ein Umbau der Beziehungen mit der BRD könnte vieles in Europa verändern. Die Deutschen haben noch nicht ihren Platz ge-

funden. Sie haben begonnen, sich zu beunruhigen, nachdem wir radikale Vorschläge für eine europäische Abrüstung gemacht haben. Es erhebt sich die Frage: Was wird mit der BRD? Die Anbindung an den Reaganschen Karren passt ihnen nicht. Nach Weizsäckers Worten beunruhigt der Geist von Rapallo den Westen stark. Zu einer großen Wende sind sie nicht bereit. Lasst uns darüber nachdenken. Das hat der Besuch gezeigt.

„Kohl in dieser Situation nicht zum Sündenbock machen. Sonst ist das nicht Politik, sondern Journalismus.“

Im Dezember 1987 empfängt Gorbatschow den bayerischen Ministerpräsidenten Franz Joseph Strauß. Diese Begegnung hinterlässt beim sowjetischen Gastgeber einen starken Eindruck. Wiederholt kommt Gorbatschow bei späteren Gelegenheiten auf das Gespräch mit Strauß zurück. Pikanterweise ist es der Vorsitzende der SPD, Hans-Jochen Vogel, dem Gorbatschow im Mai 1988 seinen Eindruck von Strauß präsentiert.

Gorbatschow:

Strauß – ein sehr interessanter Gesprächspartner!

H.-J. Vogel:

Mir ist das aus einer 30-jährigen Erfahrung im Umgang mit ihm bekannt ...

Gorbatschow:

Er versteht die Bedeutung der Beziehungen zwischen der BRD und der UdSSR und hat sich die Lektionen schon damals angeeignet, als man ihn mit erfrorenen Füßen aus Stalingrad evakuierte. Er hat uns mehrfach entschieden gesagt, daß man einen militärischen Zusammenstoß in Europa nicht zulassen dürfe, daß dies Selbstmord wäre. Ich bin nicht geneigt, Strauß zu den verantwortungslosen Politikern zu rechnen. Er hat seine konservativen Überzeugungen, aber er ist ein Realist. Man kann mit ihm Geschäfte machen.

Der Besuch Helmut Kohls in Moskau im Oktober 1988 ist an anderen Stellen

hinreichend dokumentiert; er war für beide Seiten ein Erfolg. In unserem Zusammenhang ist eine Aufzeichnung A. S. Tschernjajews, eines engen Mitarbeiters Gorbatschows, über eine geradezu feindselige Reaktion aus Westeuropa auf den Besuch des deutschen Bundeskanzlers interessant:

Sein (H. Kohls) Auftreten hat zwei französische Zeitungen („Quotidien de Paris“ und „Le Figaro“) auf den Plan gerufen, die nicht mit Anspielungen, sondern in direktem Wortlaut geschrieben, der Charakter des Besuchs ziehe die Treue Kohls zu seinen Bündnisverpflichtungen in Zweifel. Dieser Argwohn fand seinen Widerhall in den giftigen Fragen, die französische Korrespondenten bei der Pressekonzferenz auf dem Subowski-Platz an Kohl richteten: Schön! Sie haben so viel den Russen gegeben, und was haben Sie dafür erhalten? Einige politische Gefangene, die die Russen versprochen haben zu entlassen? Oder: Und wie wird es jetzt mit der französisch-deutschen Allianz, mit der gemeinsamen Armee und mit anderen Versprechungen gegenüber den Franzosen werden? Hat Kohl jetzt nicht seine Neigung geändert – vom französischen Westen hin zum sowjetischen Osten?

Intern erörterte die sowjetische Führung die Frage, ob man die Gesprächsnotizen des Besuchs an Honecker übergeben solle. Dazu Tschernjajew an Gorbatschow:

Meine Meinung: Es ist nicht nötig, das zu tun. Erstens, ein Präzedenz. Zweitens, es geht eigentlich nicht um den Inhalt, obgleich er auch dabei nicht alles wissen muß, aber insbesondere um die Atmosphäre der Gespräche. Honecker kann für uns völlig unnötige „ideologische“ Schlüsse (Mißtrauen im Sinne der Orthodoxie) und pragmatische Schlüsse (etwa: „Auch ich kann jetzt mutiger irgendwohin gehen“) daraus ziehen. Die Notizen in verkürzter Form zu senden ist gefährlich, weil es in der BRD eine undichte Stelle geben kann (für deren Inhalt wir natürlich nicht verantwortlich wären). Und ganz allgemein: Wir haben trotzdem unsere eigene Politik, die

durchaus nicht mit der Honeckers identisch ist. Sie wird gut sichtbar in dem, was und wie ihr zu Kohl gesprochen habt. Und wofür sollen wir uns binden?

Den Besuch Helmut Kohls in Moskau erwiderte Gorbatschow im Sommer 1989 in der Bundesrepublik. Auch dieses Ereignis war ein voller Erfolg für die Beziehungen zwischen Bonn und Moskau. Von besonderer Bedeutung für die weitere Entwicklung war die Tatsache, dass im Abschlusskommuniqué erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs die sowjetische Seite den Deutschen das Selbstbestimmungsrecht zuerkannte. Aber die Ereignisse des Jahres 1989 überschlugen sich. Am 5. Oktober 1989 notiert Tschernjajew:

„Zur Unterstützung Honeckers werde ich kein einziges Wort sagen. Die Republik und die Revolution werde ich unterstützen.“

M. S. (Michail Sergejewitsch) fliegt morgen in die DDR zum 40. Jahrestag. Er möchte überhaupt nicht. Telefonierte heute zweimal: hat den Text (der Rede) bis auf jede Silbe durchgearbeitet; er sagt, den Text werden sie überall bis auf den Buchstaben mit der Lupe betrachten ... Zur Unterstützung Honeckers werde ich kein einziges Wort sagen. Die Republik und die Revolution werde ich unterstützen. Heute in Dresden – Demonstration mit 20 000; gestern genauso in Leipzig. Es kursiert die Information, daß man während der Anwesenheit Gorbatschows beginnen wird, „die Mauer“ zu stürmen. Unheimliche Szenen bei der Durchfahrt eines Sonderzugs (mit Flüchtlingen aus der DDR in den Westen) aus Prag in die BRD über Dresden. Das westdeutsche Fernsehen hat das alles aufgenommen und zeigt es in der gesamten DDR. Die ganze westliche Presse ist voll mit Artikeln über eine Wiedervereinigung Deutschlands. ...

Kurzum, es erfolgt die totale Demontage des Sozialismus als weltweite Erscheinung ...

und dies ist sicher unausweichlich und gut. Denn es handelt sich um die Vereinigung der Menschheit auf der Grundlage des gesunden Menschenverstandes. Und diesen Prozess hat der einfache Bursche aus Stavropol (gemeint ist Gorbatschow) begonnen. (Tschernjajew, Tagebuch Seite 806)

Nach Rückkehr Gorbatschows aus der DDR notiert Tschernjajew unter dem 8. Oktober 1989 die Schilderungen aus der Begleitung des sowjetischen Gastes:

M. S. und Honecker gehen durch den Spalier von Tausenden, Hunderttausenden ... Ununterbrochenes Rufen: Gorbi, Gorbi! Niemand nimmt Erich wahr. Auf den Meetings Plakate auf Russisch: „Gorbatschow – du bist unsere Hoffnung!“ ... Gorbatschow ist befriedigt zurückgekommen. Die Erkenntnis, daß man ihn „dort“ versteht – im Unterschied zur pöbelhaften Einstellung des eigenen Volkes –, unterstützt und beruhigt ihn. ... Krenz zu Falin: „Das alles sieht unserer (Erich), aber er will nichts einsehen.“ ... Übrigens eine andere Sache, daß es bald zum Sturm der „Mauer“ kommt ... (Tschernjajew, a. a. O.)

Die Tage Honeckers sind gezählt. Tschernjajew notiert unter dem 11. Oktober 1989:

M. S. nannte Honecker (im Gespräch mit mir und Schachnasarow [Berater Gorbatschows]) ein Arschloch. Er könnte jetzt zu seinen Leuten sagen: habe vier Operationen überstanden, bin 78, eine so stürmische Zeit fordert viel Kraft, laßt mich gehen, ich habe meine Sache gemacht. Dann könnte er vielleicht „in der Geschichte“ bleiben. Ich und Schach(nasarow) bezweifeln, daß er, würde er das jetzt tun, „in der Geschichte“ bleiben würde. Vor zwei, drei Jahren: ja. Jetzt aber wird er bereits vom Volk verwünscht.

„Bereits als Mitglied des Politbüros habe ich seinerzeit unser Budget praktisch nicht gekannt.“

Am 18. Oktober 1989 wurde Honecker zum Rücktritt gezwungen. Egon Krenz wird sein Nachfolger. Am 1. November

empfängt ihn Gorbatschow in Moskau. Das Gespräch ist bemerkenswert, weil Krenz die DDR im Grunde für bankrott erklärt („Um unsere Zahlungsbilanz auszugleichen, müssten wir den Lebensstandard um 30 Prozent senken“) und eingesteht, man habe im Politbüro erstmals ein ungeschminktes Bild der wirtschaftlichen Lage vorgelegt. Gorbatschow überrascht das überhaupt nicht; er antwortet lakonisch:

Das ist ein bekanntes Bild. Bereits als Mitglied des Politbüros habe ich seinerzeit unser Budget praktisch nicht gekannt.

Dies war der Informationsstand der führenden Vertreter einer Ideologie, die die ökonomische Basis zum bestimmenden Faktor der gesellschaftlichen Verhältnisse erklärt hatte. Aber noch in einem anderen Punkt sind die Äußerungen von Krenz aufschlussreich. Er gesteht Gorbatschow, dass „mit der Berliner Mauer und dem Grenzregime komplizierte Probleme verbunden“ seien, und erklärt dann:

Wir haben bereits eine Reihe von Schritten unternommen. Erstens, wir haben den Streitkräften die Anweisung erteilt, die Schußwaffe an der Grenze nicht anzuwenden, ausgenommen in Fällen eines direkten Angriffs auf Grenzsoldaten ...

Dies war nichts weniger als das indirekte Eingeständnis der Existenz eines Schießbefehls an der Grenze. Schließlich bittet Krenz den Generalsekretär der KPdSU um Rat in Bezug auf die Beziehungen der DDR zur Bundesrepublik.

Gorbatschow hält zu diesem Zeitpunkt noch entschieden an der Teilung Deutschlands fest:

Ich denke, daß wir bis heute die richtige Linie verfolgt haben: Wir sind fest für die Koexistenz von zwei deutschen Staaten eingetreten und sind im Ergebnis zu einer breiten internationalen Anerkennung der DDR gelangt. ... Du musst wissen: Alle ernsthaften politischen Akteure – sowohl Thatcher als auch Mitterrand, ebenso wie Andreotti und Jaruzelski und die Amerikaner, obgleich in der

Haltung letzterer jetzt einige Nuancen erkennbar werden – streben keine Vereinigung Deutschlands an. Mehr noch, unter den derzeitigen Bedingungen hätte sie einen explosiven Charakter. Die Mehrheit der westlichen Führer wünscht weder eine Auflösung der NATO noch des Warschauer Paktes. ... Im übrigen, an dieser Meinung hält auch Brandt fest. Er glaubt, daß die DDR eine große Errungenschaft des Sozialismus sei, obgleich sie natürlich Sozialismus auf ihre Weise versteht. Ein Wegfall der Republik wäre nach seiner Meinung ein Zusammenbruch für die Sozialdemokraten. ... Mit einem Wort: Heute ist die Frage einer Vereinigung Deutschlands nicht aktuell. Ich bitte darum, diese unsere feste Überzeugung dem Politbüro der SED zu übermitteln.

Dem deutschen Leser der internen Aufzeichnungen fällt auf, dass es die christdemokratischen und liberalen Gesprächspartner waren, die die sowjetische Seite mit der nationalen Frage, der Frage der Teilung Deutschlands, konfrontierten. Die sozialdemokratischen Besucher konzentrierten ihre Gespräche auf Fragen der internationalen Sicherheit und der Stabilität zwischen den Blöcken. Kam die Rede tatsächlich einmal auf die Problematik der Teilung des Landes, dann war die Reaktion der deutschen Seite nichts weniger als enttäuschend. Das deutlichste Beispiel ist die Äußerung Willy Brandts, der später allerdings ein entschiedener Befürworter der Vereinigung war. Am 17. Oktober 1989 entwirft Brandt in Moskau im Gespräch mit Gorbatschow die Vorstellung einer „größeren Gemeinsamkeit“ der beiden deutschen Staaten unter „einem irgendwie gearteten gemeinsamen Dach“. Und er fährt dann fort:

Übrigens dies hat nichts mit einer Wiedervereinigung zu tun. Ich trete generell seit langem gegen diesen Ausdruck auf. Wiedervereinigung bedeutet Rückkehr zur Vergangenheit, was erstens nicht möglich ist und zweitens nicht unser Ziel sein kann. Gorbatschow repliziert sofort, daß diese

Frage „heute nicht auf der Tagesordnung steht“.

**„Am besten,
wir reißen die ‚Mauer‘ selber ab.“**

Die unerwartete Entwicklung der Ereignisse sollte diese Frage unerwartet rasch auf die Tagesordnung setzen und zwang Gorbatschow, Schritt für Schritt seine Positionen zu räumen. Am 3. November 1989 erklärt auf einer Sitzung des Politbüros der Chef des KGB Krjutschkow:

Morgen werden in Berlin und in anderen Städten 500 000 auf die Straßen gehen ...

Gorbatschow:

Glaubst du, dass Krenz sich hält? Aber ohne Hilfe der BRD halten wir die DDR sowieso nicht.

Schewardnadse:

Am besten wir reißen die „Mauer“ selber ab.

Krjutschkow:

Wenn wir sie niederreißen, wird es für die Ostdeutschen schwierig ... (Im Politbüro des ZK der KPdSU, Seite 524)

Wenige Tage nach dieser Sitzung fiel die Berliner Mauer. Tschernjajew notiert am 10. November 1989:

„In Wirklichkeit hat er (Gorbatschow) sich aber als groß erwiesen, weil er den Gang der Geschichte gespürt und ihr geholfen hat, einen ‚natürlichen Lauf‘ zu nehmen.“

Die Berliner Mauer ist gefallen. Eine ganze Epoche in der Geschichte des „sozialistischen Systems“ ist zu Ende gegangen. Nach der Polnischen Arbeiterpartei und der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei stürzte Honecker. Heute kam die Nachricht vom „Rücktritt“ Deng Xiaopings und Schiwkows. Geblieben sind „unsere besten Freunde“: Castro, Ceausescu, Kim Il Sung, die uns leidenschaftlich hassen. Aber die DDR, die „Berliner Mauer“ – das ist die Hauptsache. Denn hier handelt es sich nicht um „Sozialismus“, sondern um die Veränderung des Kräfteverhältnisses.

nisses in der Welt; hier ist das Ende von Jalta, das Finale für das Stalinsche Erbe und für die Zerschlagung von Hitler-Deutschland ... Hier ist es, was Gorbatschow „angerichtet“ hat. In Wirklichkeit hat er sich aber als groß erwiesen, weil er den Gang der Geschichte gespürt und ihr geholfen hat, einen „natürlichen Lauf“ zu nehmen.

Der Fall der Mauer wirkte wie ein Brandbeschleuniger. Die folgenden Ereignisse überstürzten sich; am Ende stand die Wiedervereinigung unseres Landes.

Gorbatschow hatte eine Position nach der anderen räumen müssen bis hin zu dem bemerkenswerten Zugeständnis einer Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland in der NATO. Dabei dürfte der rasch fortschreitende innere Zerfall der Sowjetunion eine nicht geringe Rolle gespielt haben. In konservativen Kreisen der sowjetischen Führung stießen Gorbatschows Konzessionen auf wachsende Ablehnung. Ein Beispiel dafür ist das Memorandum von Valentin Falin vom 18. April 1990. Falin, der hierzulande gern als Freund Deutschlands hofiert wird, war ein dezidiert Gegner der Wiedervereinigung. In seinem Memorandum heißt es:

... Die größten Kalkulationen verknüpfen die BRD und ihre Partner mit der Anwendung von Artikel 23 des Grundgesetzes auf die DDR, was bedeuten würde, daß auf der europäischen politischen Landkarte eine neue, erweiterte Ausgabe der BRD mit der gesamten Erbschaft des „Kalten Krieges“ erscheint. ... Der Westen überspielt uns, indem er Versprechungen macht, die Interessen der UdSSR zu respektieren, in der Praxis jedoch unser Land Schritt für Schritt vom „traditio-

nellen Europa“ verdrängt ... Die daraus folgende unbedingte Voraussetzung für den Erfolg ist Festigkeit. Bei all unser Flexibilität in den Gesprächen muss die westliche Seite stets spüren, wo und wie die Grenzen sind, an denen die UdSSR auch dann unbedingt festhält, wenn versucht wird, massiven Druck auf sie auszuüben ... Wenn die Sowjetunion zum Beispiel gewarnt hätte, dass die Eingliederung der DDR in die BRD gemäß Artikel 23 der Bonner Verfassung als Aggression eines NATO-Mitglieds gegenüber einem Mitglied des Warschauer Paktes und als Verletzung der grundlegenden Rechte der Sowjetunion qualifiziert wird, dann hätte man in Bonn und nicht nur dort darüber nachgedacht, ob es sich lohnt, den Bogen zu überspannen. Wenn wir erklären würden, daß ohne einen Friedensvertrag alle unsere Rechte als Siegermacht in vollem Umfange erhalten bleiben, würde das viele zur Vernunft bringen ... Die Sowjetunion kann die Verfassung der BRD nicht akzeptieren als die rechtliche Grundlage für dauerhafte oder zwischenzeitliche Regelungen in Bezug auf Deutschland. Diese Verfassung ist aufgebaut auf den Ansprüchen des Pangermanismus (das Reich „in den Grenzen von 1937“, das Recht, im Namen „aller Deutschen“ zu sprechen, auch der außerhalb Deutschlands lebenden) ... H. Kohl manövriert mit dem Blick darauf, die schwierige wirtschaftliche Lage der DDR auszunützen, die in vielem künstlich nicht ohne Einfluss Bonns geschaffen worden war, um Entscheidungen durchzusetzen, die über den Rahmen der Vereinigung der beiden Deutschland im eigentlichen Sinne hinausgehen ...

Wir können von Glück reden, dass sich Gorbatschow von dieser Einstellung nicht hat beeinflussen lassen.

In gemeinsamer Freiheit

„Wir wollen die Teilung Europas und unseres Vaterlandes organisch überwinden. Wir wollen, daß alle Europäer – und darin eingeschlossen alle Deutschen – in gemeinsamer Freiheit zusammenkommen.“

Bundeskanzler Helmut Kohl in seinem Schreiben an Michail S. Gorbatschow vom 14. Dezember 1989